

Sitzung vom 16. April 1997

845. Anfrage (Fortbestand der regionalen Beratungs- und Informationszentren für Aus- und Weiterbildung)

Kantonsrat Mario Fehr, Adliswil, und Mitunterzeichnende haben am 3. Februar 1997 folgende Anfrage eingereicht:

Die Beratungs- und Informationszentren (BIZ), welche in der Regel den Berufsberatungsstellen bzw. den jeweiligen Jugendsekretariaten der einzelnen Bezirke angegliedert sind, vermitteln Jugendlichen mit modernen Hilfsmitteln eine wichtige Hilfestellung bei der Berufswahl. Immer mehr nehmen auch Erwachsene die Dienste der BIZ und der Berufsberatung in Anspruch. Dem Vernehmen nach wird derzeit geprüft, die Zahl der BIZ zu reduzieren bzw. in fünf bzw. sechs Zentren zusammenzufassen.

Dies hätte zweifellos eine Verringerung der Attraktivität des Angebots zur Folge, was angesichts der Arbeitslosenzahlen und insbesondere der stetig steigenden Jugendarbeitslosigkeit nicht zu verantworten wäre. In *wif!*-Projekten müssen im übrigen Kundennähe und -freundlichkeit wichtige Zielvorgaben sein. Dass die Verringerung der möglichen Anlaufstellen im Bereich der BIZ keine kundenfreundliche Massnahme wäre, versteht sich von selbst.

Wir fragen den Regierungsrat deshalb an:

1. Welchen Stellenwert misst der Regierungsrat den Beratungs- und Informationszentren für Aus- und Weiterbildung (BIZ) bei?
2. Trifft es zu, dass die Zusammenlegung der bisherigen BIZ auf fünf bis sechs Zentren geprüft wird oder allenfalls bereits geplant bzw. beschlossen ist? Was sind die Überlegungen, die diesen Plänen zugrunde liegen? Aufgrund welcher Bedarfsanalyse und nach welchen Kriterien rechtfertigt sich eine Reduktion des Angebotes?
3. Würde sich nach Ansicht des Regierungsrates eine solche Zentralisierung der BIZ im Kanton Zürich mit den Grundsätzen der Kundenfreundlichkeit und der Kundennähe vereinbaren lassen?

Auf Antrag der Direktion des Erziehungswesens
beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Mario Fehr, Adliswil, und Mitunterzeichnende wird wie folgt beantwortet:

Die Berufsberatungsstellen der Bezirksjugendsekretariate und der Städte Zürich und Winterthur haben mit ihren Berufsinformationszentren schon bisher eine zweckmässige Berufswahl der Jugendlichen und die Laufbahnberatung von Erwachsenen gefördert. Die zunehmenden Probleme zahlreicher Volksschulabsolventinnen und -absolventen, eine geeignete Lehrstelle zu finden, und die steigende Zahl von arbeitslosen Erwachsenen, welche die Dienstleistungen der Berufsberatung in Anspruch nehmen, verstärken deren Bedeutung.

Einrichtung und Betrieb von Berufsberatungsstellen und Berufsinformationszentren erfordern jedoch beträchtliche personelle und finanzielle Mittel; sie müssen mit aktuellen Informationsunterlagen und den zeitgemässen Informatikmitteln ausgestattet sein. Insbesondere für die Erwachsenen sind sie auch ausserhalb der üblichen Bürozeiten offen zu halten. Je grösser eine Berufsberatungsstelle ist, desto eher vermag sie diesen Erwartungen zu entsprechen; kleinere Stellen sind aus finanziellen und organisatorischen Gründen kaum mehr in der Lage, ihren Ratsuchenden die gleichen Dienstleistungen zur Verfügung zu halten.

Im Rahmen des *wif!*-Projekt «Reorganisation der Berufsberatung», welches im Frühjahr 1996 gestartet wurde, wird deshalb unter anderem die Frage geprüft, wie die vorhandenen personellen und finanziellen Kapazitäten der Berufsberatung durch eine Konzentration der vorhandenen Kräfte für die Klientin und den Klienten wirksamer eingesetzt werden können. Es ist das Ziel der Regierung, durch eine solche Regionalisierung Qualität und Nutzen der berufsberaterischen Dienstleistungen für die Ratsuchenden zu unterstützen und zu fördern.

Die Frage des Fortbestandes der bisherigen Berufsberatungsstellen und der Berufsinformationszentren oder deren Konzentration auf wenige hat grosses Gewicht. Die entsprechende Vernehmlassung insbesondere auch bei den Behörden der Gemeinden und der Bezirke ist für 1998 geplant.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion des Erziehungswesens.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi